



- Beschlusskammer 7 -

Beschluss

Az.: BK7-18-047

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Zustimmung zur Ernennung eines Gleichbehandlungsbeauftragten

der Gastransport Nord GmbH, Cloppenburg Straße 363, 26133 Oldenburg, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung,

Betroffene

hat die Beschlusskammer 7 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihre Vorsitzende Barbie Kornelia Haller,
ihre Beisitzerin Diana Harlinghausen
und ihre Beisitzerin Dr. Antje Peters

am 18.09.2018 beschlossen:

1. Die Zustimmung zur Ernennung von Herrn Dr. Tim Olbricht als Gleichbehandlungsbeauftragten der Betroffenen wird erteilt.
2. Die Auftrags- und Beschäftigungsbedingungen über die befristete Wahrnehmung der Funktion des Gleichbehandlungsbeauftragten bis zur Beendigung des Mutterschutzes und der Elternzeit der Gleichbehandlungsbeauftragten Frau Stella Kirchhof werden genehmigt.
3. Die Betroffene wird verpflichtet, der Beschlusskammer die Wiederaufnahme der Tätigkeit als Gleichbehandlungsbeauftragte durch Frau Stella Kirchhof nach Beendigung ihrer Elternzeit unverzüglich anzuzeigen.

Gründe

I.

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Zustimmung zur Ernennung eines Gleichbehandlungsbeauftragten nach § 10e Abs. 3 S. 2 EnWG sowie die Genehmigung der Auftrags- und Beschäftigungsbedingungen des Gleichbehandlungsbeauftragten, einschließlich der Dauer ihrer Bestellung, nach § 10e Abs. 3 S. 4 EnWG.

Die Betroffene betreibt ein ca. 320 km langes Gasfernleitungsnetz im Nordwesten von Niedersachsen, das den Grenzübergangspunkt Oude Statenzijl/ Bunde mit den Fernleitungs-Netzkopplungspunkten in Bergedorf, Schneiderkrug und Schatteburg, mit bedeutsamen Einspeisepunkten aus der deutschen Gasproduktion der nowega GmbH (Netzkopplungspunkte Steinfeld/Düpe und Sulingen), Netzkopplungspunkten zum Fernleitungsnetz der Gasunie Deutschland GmbH (Bergedorf, Schneiderkrug, Schatteburg) sowie den großen Gasuntertagespeichern der EWE GASSPEICHER GmbH verbunden ist. Sowohl an dem Grenzübergangspunkt, den Anschlusspunkten zu den Untertagespeichern als auch an den Einspeisepunkten zur Gasproduktion weist das Hochdruckleitungsnetz der Betroffenen Buchungspunkte auf, an denen Transportkunden Kapazitäten buchen können.

Die Betroffene ist eine 100%ige Tochter der Konzernholding EWE Aktiengesellschaft (im Folgenden EWE AG). Die EWE AG mit Hauptsitz in Oldenburg bildet die Holding-Gesellschaft des EWE Konzerns. Die Betroffene wurde mit Beschluss vom 05.02.2013 als Unabhängiger Transportnetzbetreiber zertifiziert (Az. BK7-12-027). Mit diesem Beschluss wurde u.a. die Zustimmung zur Ernennung von Frau Stella Kirchhof zur Gleichbehandlungsbeauftragten erteilt und ihre Auftrags- und Beschäftigungsbedingungen genehmigt.

Mit Schreiben vom 01.08.2018, eingegangen am 14.08.2018, hat die Betroffene die Beschlusskammer darüber informiert, dass Frau Stella Kirchhof ab 11.07.2018 wegen Mutterschutzes und anschließender Elternzeit abwesend sei und in dieser Zeit Frau Kirchhofs Anstellungsverhältnis und damit auch ihre Tätigkeit als Gleichbehandlungsbeauftragte ruhe. Nach ihrer Rückkehr werde Frau Kirchhof ihre Tätigkeit als Gleichbehandlungsbeauftragte wieder vollumfänglich aufnehmen. Eine erste Information der Beschlusskammer zur bevorstehenden Elternzeit von Frau Kirchhof erfolgte seitens der Betroffenen per Mail vom 28.06.2018.

Für die Zeit des Mutterschutzes und der hinsichtlich der Dauer noch nicht bestimmten Elternzeit von Frau Kirchhof wurde die Ruhendstellung des Mandats von Frau Kirchhof als Gleichbehandlungsbeauftragte und die Benennung von Herrn Dr. Tim Olbricht, seinerseits Volljurist und Leiter des Bereiches „Recht & Finanzen“ der Betroffenen, als temporäre Vertretung per schriftlichen Umlaufbeschluss des Aufsichtsrates beschlossen. Die Erklärungen der drei Aufsichtsratsmitglie-

der vom 17.07.2018, 19.07.2018 und 27.07.2018 wurden als Anlage zum Schreiben der Betroffenen vom 01.08.2018 übermittelt. Herr Dr. Olbricht ist Leiter des Bereichs „Recht & Finanzen“ und war Prokurist bei der Betroffenen. Die Prokura hat er mit Wirkung zum 11.07.2018 aufgegeben und in einem Telefonat am 04.07.2018 dazu erläutert, dass eine erneute Prokura für die Zeit nach der Vertretung von Frau Kirchhof nicht angestrebt sei. Die Eintragung über die Löschung der Prokura im Handelsregister des Amtsgerichts Oldenburg erfolgte zum 02.08.2018 (siehe Handelsregisterauszug vom 03.08.2018). Als Nachweis der Einhaltung der Voraussetzungen an den Gleichbehandlungsbeauftragten gemäß § 10e Abs. 2 S. 3 EnWG i.V.m. § 10c Abs. 1, 3 bis 5 EnWG hat die Betroffene eine persönliche Erklärung von Herrn Dr. Olbricht mit Datum vom 26.07.2018 eingereicht, in der dieser die Einhaltung der Voraussetzungen in seiner Person zusichert. Ein aktueller Lebenslauf von Herrn Dr. Olbricht wurde mit dem Antrag der Betroffenen vom 01.08.2018 als Anlage übermittelt. Der Antrag vom 01.08.2018 umfasst zudem die Erklärung seitens der Betroffenen, dass Herr Dr. Olbricht als Gleichbehandlungsbeauftragter unmittelbar der Geschäftsführung unterstellt und in dieser Funktion weisungsfrei sei. Weiterhin heißt es, dass die Wahrnehmung der Rechte und Pflichten als Gleichbehandlungsbeauftragten uneingeschränkt Vorrang vor allen anderen Aufgaben und Funktionen habe, die Herr Dr. Olbricht bei der Betroffenen wahrnehme.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

II.

Die Zustimmung zur Ernennung von Herrn Dr. Olbricht als Gleichbehandlungsbeauftragter der Betroffenen war zu erteilen. Die Auftragsbedingungen des Gleichbehandlungsbeauftragten, einschließlich der Dauer der Bestellung waren zu genehmigen. Die Betroffene hat nachgewiesen, dass die Voraussetzungen von § 10e Abs. 3 S. 3 und 4 EnWG sowie § 10e Abs. 2 S. 3 i.V.m. § 10c Abs. 1, 3 bis 5 EnWG vorliegen.

1. Formelle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Die Entscheidung ist formell rechtmäßig. Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Entscheidung nach § 10e Abs. 3 S. 2 EnWG ergibt sich aus § 54 Abs. 1 EnWG. Die Zuständigkeit der Beschlusskammer folgt aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

2. Materielle Rechtmäßigkeit der Entscheidung

Die Entscheidung ist auch materiell rechtmäßig.

(1) Der Gleichbehandlungsbeauftragte Herr Dr. Olbricht erfüllt die Kriterien der § 10e Abs. 2 und 3 EnWG i.V.m. § 10c Abs. 1, 3 bis 5 EnWG. Die durch den Aufsichtsrat vorgenommene Ernennung des Gleichbehandlungsbeauftragten steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Regulierungsbehörde, § 10e Abs. 3 S. 2 EnWG. Eine Verweigerung der Zustimmung

ist dabei nur bei fehlender Unabhängigkeit und fehlender fachlicher Eignung der als Gleichbehandlungsbeauftragten vorgeschlagenen Person möglich, § 10e Abs. 3 S. 3 EnWG. Für die Beurteilung der Unabhängigkeit sind gemäß § 10e Abs. 2 S. 3 EnWG die Maßstäbe des § 10c Abs. 1, 3 bis 5 EnWG entsprechend heranzuziehen.

Die darin aufgezeigten Voraussetzungen für die Unabhängigkeit und für die fachliche Eignung liegen in der Person des Gleichbehandlungsbeauftragten vor. Im Hinblick auf die geforderte Unabhängigkeit ist unter anderem zu gewährleisten, dass Herr Dr. Olbricht als Gleichbehandlungsbeauftragter weder bei dem vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmen oder einem seiner Teile, mit Ausnahme der Betroffenen selbst, angestellt ist oder mit diesen Interessen- oder Geschäftsbeziehungen unterhält, § 10e Abs. 2 S. 3 i.V.m. § 10c Abs. 3 S. 1 EnWG. Die Betroffene hat zum Nachweis eine persönliche Erklärung von Herrn Dr. Olbricht vom 26.07.2018 sowie dessen Auftrags- und Beschäftigungsbedingungen vorgelegt.

(2) Herr Dr. Olbricht gehört ausweislich des Antrags der Betroffenen nicht der Unternehmensleitung an (siehe Anlage 3 des Antrags vom 01.08.2018). Eine Zuordnung zur Unternehmensleitung ergab sich zunächst aus der erteilten Prokura. Mit deren Niederlegung durch Herrn Dr. Olbricht zum 11.07.2018 und der unter dem 02.08.2018 erfolgten Löschung der Prokura im Handelsregister schied Herr Dr. Olbricht aus der Unternehmensleitung aus. Angesichts seiner Funktion als Leiter des Bereiches Recht & Finanzen der Betroffenen ist Herr Dr. Olbricht eine Person der zweiten Führungsebene und damit in hervorgehobener Position tätig. Allerdings erscheint er als solche Person, anders als etwa eine Person der Unternehmensleitung, nicht grundsätzlich ungeeignet, die Anforderungen an die Unabhängigkeit einer Gleichbehandlungsbeauftragten erfüllen zu können. Damit unterliegt Herr Dr. Olbricht keinen entflechtungsrechtlich unzulässigen Berichtspflichten gegenüber den Gesellschaftern der Betroffenen. Im Antrag vom 01.08.2018 hat die Betroffene explizit erklärt, dass Herr Dr. Olbricht in der Funktion als Gleichbehandlungsbeauftragter weisungsfrei sei und hat diesem Aufgabenfeld uneingeschränkt Vorrang vor anderen Aufgaben und Funktionen von Herrn Dr. Olbricht eingeräumt. Zudem hat Herr Dr. Olbricht gegenüber der Beschlusskammer am 02.07.2018 telefonisch erklärt, dass eine erneute Prokura seinerseits nach Ablauf der Elternzeitvertretung nicht beabsichtigt sei. Insoweit ist eine neutrale und diskriminierungsfreie Wahrnehmung der Position des Gleichbehandlungsbeauftragten durch Herrn Dr. Olbricht strukturell sichergestellt.

Wegen der langjährigen Tätigkeit von Herrn Dr. Olbricht als Leiter des Bereiches Recht & Finanzen der Betroffenen stehen seiner fachlichen Eignung keine Bedenken gegenüber. Er ist bereits aufgrund seines Anstellungsvertrages vom 27.02.2012 als Leiter Recht & Finanzen verpflichtet, die Regelungen des § 10c EnWG einzuhalten (Anlage 3 des Antrags vom 01.08.2018).

(3) Die Auftrags- und Beschäftigungsbedingungen des Gleichbehandlungsbeauftragten, einschließlich der Dauer der Bestellung waren gemäß § 10e Abs. 3 S. 4 EnWG zu genehmigen.

Insbesondere die zeitliche Befristung der Bestellung von Herrn Dr. Olbricht für die Dauer des Mutterschutzes und der Elternzeit von Frau Stella Kirchhof schränkt vorliegend die Unabhängigkeit des Gleichbehandlungsbeauftragten nicht in einer die Genehmigung zu versagenden Weise ein. Grundsätzlich kann zwar die befristete Bestellung einer/eines Gleichbehandlungsbeauftragten geeignet sein, deren/dessen Unabhängigkeit zu beeinträchtigen. Dies kommt insbesondere bei einer ebenfalls der Genehmigung nach § 10e Abs. 3 S. 4 EnWG unterliegenden konsekutiven Befristung in Betracht, bei der die Unabhängigkeit der/des Gleichbehandlungsbeauftragten strukturell nicht sichergestellt sein könnte. Vor dem Hintergrund der Elternzeitvertretung für Frau Kirchhof ist die Dauer der Bestellung von Herrn Dr. Olbricht in diesem Fall jedoch nicht zu beanstanden.

(3) Die Nebenbestimmung des Tenors zu 3) war gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 4 VwVfG vorzusehen. Danach wird der Betroffenen auferlegt, unverzüglich anzuzeigen, wenn Frau Kirchhof nach Beendigung ihrer Elternzeit ihre Tätigkeit als Gleichbehandlungsbeauftragte wieder aufnimmt. Die Auflage trägt dem Umstand Rechnung, dass die befristete Bestellung von Herrn Dr. Olbricht seitens der Beschlusskammer speziell mit der Zielsetzung der Elternzeitvertretung genehmigt worden ist. Die Anzeige soll sicherstellen, dass zu jedem Zeitpunkt transparent wird, welche Person aktuell die Rechte und Pflichten des bzw. der Gleichbehandlungsbeauftragten wahrnimmt und der Bundesnetzagentur nach Maßgabe des § 10e EnWG über die zertifizierungsrelevanten Vorgänge der Betroffenen Bericht erstattet. In der Anzeige der Wiederaufnahme der Tätigkeit als Gleichbehandlungsbeauftragte liegt aus Sicht der Beschlusskammer zugleich auch die Abberufung des Elternzeitvertreters.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Barbie Kornelia Haller
Vorsitzende

Diana Harlinghausen
Beisitzerin

Dr. Antje Peters
Beisitzerin